

Seite: Sind unsere Auslandsdeutschen nicht Pioniere unseres Außenhandels, die Stützen unseres Deutschtums im Auslande? Ihr Schicksal ist unser Schicksal — handelspolitisch, wirtschaftlich und sozial gedacht. Und in dieser Schicksalsgemeinschaft sollte doch wahrlich keiner fehlen, der es mit dem Aufbau unseres Vaterlandes ernst meint. Der Weg führt durch den B.N.A. Dr. Bell hat ihn gewiesen. Mehr als 30 Personen erkannten es dankbar an, indem sie sich zu einer Ortsgruppe zusammenschlossen. Und was Kamenz, Pulsnitz und Großdöbriß taten, müssen auch andere tun. Studentat Mai, Kamenz, wies eindringlich darauf hin und gab der Freude über die Gründung der hiesigen Ortsgruppe lebhaften Ausdruck. — Gefelliges Beisammensein im Schäfershause beschloß die Gründung der Pulsnitzer Ortsgruppe. Herr Studentrat Pajda, Kamenz, erheiterte durch seine bekannten Beiträge aufs Beste. Möge der Ortsgruppe stetes Wachstum beschieden sein zum Nutzen unseres Vaterlandes und seiner Volksgenossen im Auslande.

Pulsnitz. (Die Mütterberatung) findet am Mittwoch, den 14. Dezember, nachmittags 3—4 Uhr im Rathause, 1 Treppe, statt.

— (Das Wetter dieser Woche — Tauwetter.) Die stabile, nur ganz unwesentlichen Änderungen unterworfenen Wetterlage, die sich schon in der Vorwoche ausgebildet hatte, erhielt sich auch während der letzten acht Tage in ganz Mitteleuropa. Man muß mit der von Tag zu Tag größer werdenden Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die warme Westluft auch auf die mittelbaren östlichen Gebiete Zentraleuropas übergreift, wodurch dem Frost dort rasch ein Ende gesetzt werden dürfte. Wann sich dieser Prozeß vollziehen wird, läßt sich angesichts der bemerkenswerten Trägheit der Luftmassen über dem europäischen Kontinent im Augenblick noch nicht erkennen; aber vermutlich wird sich diese zu allgemeinem mitteleuropäischem Tauwetter überleitende Entwicklung schon zu Beginn der Woche vollziehen.

— (Weihnachtsspende für stellungslöse Angestellte.) Weihnachten, das Fest der Liebe, steht wieder einmal vor der Tür. Alt und Jung freut sich auf frohe Festtage. Aber nicht jedem ist es vergönnt, Weihnachten in zufriedener Stimmung zu erleben, und gerade die stellungslösen kaufmännischen und technischen Angestellten sehen mit gemischten Gefühlen den kommenden Tagen entgegen. Sind doch viele unter ihnen, die schon seit Jahr und Tag vergeblich Stellung suchen. Die Aussichten, jemals wieder die alte Tätigkeit aufnehmen zu können, werden besonders für die älteren unter ihnen immer trostloser. Seiner stellungslösen Mitgliedern zu helfen und eine Weihnachtsfreude zu bereiten, erachtet der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) als selbstverständliche kollegiale Pflicht. Viele Ortsgruppen des GDA haben unter den Mitgliedern Sammlungen eingeleitet, und die bisher eingegangenen Spenden beweisen, daß sie nicht umsonst an die Kollegialität der Mitglieder appelliert haben. Der GDA erwirbt sich damit weitere anerkanntenswerte Verdienste um das Wohl der notleidenden Angestelltenschaft.

— (Anschluß der Sächsischen Jagdkammer an die Landwirtschaftskammer.) Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, hat der Vorstand der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen den Anschluß der Jagdkammer und damit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zugestimmt. Da in der Jagdkammer der weitaus größte Teil der sächsischen Jäger vereinigt ist, so wird durch ihren Anschluß an die Landwirtschaftskammer, der gesetzlichen Vertretung der Landwirte, eine immer engere Zusammenarbeit gewährleistet. Erblickt der Jäger in diesem Zusammenschluß einen wichtigen Schritt zu einer gesetzlichen Zwischenorganisation aller Jäger, so bietet die neugegründete Arbeitsgemeinschaft dem Landwirt die sichere Gewähr dafür, daß die Förderung der jagdlichen Interessen stets mit denen der Landwirtschaft im Einklang stehen.

— (Zur Haltbarkeit des Obstes.) Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, ist es zweckmäßig, in dem Keller, in dem Obst gelagert wird, trockenen, gebrannten Kalk auszulegen, der die überschüssige Feuchtigkeit aufnimmt. Hierdurch wird die Haltbarkeit des Obstes erhöht und den leicht auftretenden Pilzen die Wachstumsbedingung entzogen.

— (Warnung vor einem Betrüger.) Gewarnt wird vor dem 22 Jahre alten Reisenden Felix Frömchen, der bei Kunden der Webwarengroßhandlung Georg Gehmert, Breslau, Rechnungen kassiert. Er benutzt hierbei die Geschäftskarte und das Kommissionsbuch dieser Firma, die sich unberechtigter Weise in seinem Besitz befinden.

— (Um die Schulreform in Sachsen.) Eine wichtige Entscheidung des Bildungsausschusses. Der Bildungsausschuß des Reichstages hat nun nach längerer Beratung dem Zusatzantrag der Deutschnationalen, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung zum § 18 des Reichsschulgesetzentwurfes zugestimmt und damit eine besonders für Sachsen wichtige Entscheidung getroffen. Dieser Zusatzantrag sieht bekanntlich vor, daß in den Gebieten des Reiches, in denen seit 1. Oktober 1918 die Schulform geändert worden ist, innerhalb eines Jahres nach Beginn der Durchführung des Gesetzes ein Antrag auf Umwandlung in die frühere Schulform stattzugeben ist, wenn mehr als die Hälfte der Erziehungsberechtigten sich dafür aussprechen. Nun ist in Sachsen die Gemeinschaftsschule erst durch die Verordnung vom Dezember 1918 und durch das Gesetz vom Juni 1919 aus den vorher bestehenden konfessionellen Schulen hervorgegangen; die neue Zusatzbestimmung zum § 18 des Reichsschulgesetzes soll die Möglichkeit schaffen, durch Abstimmung in den einzelnen Gemeinden diejenige Schulform einzuführen, die von der Mehrheit der Erziehungsberechtigten gewünscht wird. Bei dieser Zusatzbestimmung handelt es sich um eine Ausnahme zum § 10 des Reichsschulgesetzentwurfes, der für eine derartige Umwandlung der Schulform Zweidrittelmehrheit vorsieht, allerdings wird diese Ausnahme auf die Dauer eines Jahres beschränkt.

Kamenz. (Viehählung.) Bei der am 1. Dezember 1927 vorgenommenen Viehzählung wurden im hiesigen Stadtgebiet 149 (im Vorjahre 119) Pferde, 307 (309)

Kinder, 32 (41) Schafe, 331 (326), 3465 (3317) Stück Ferkel sowie 59 Vienenstöcke festgestellt.

Dresden, 10. Dezember. (Eine Regierungserklärung zur Lehrerbildungsfrage.) Die deutschnationale Landtagsfraktion hatte im September vorigen Jahres an die Regierung eine Anfrage gerichtet wegen der in der Denkschrift des Volksbildungsministeriums zur Neuordnung der Volksschullehrerbildung verwendeten Zahlen und Berechnungen. Die Antwort der Regierung liegt nunmehr in einer umfangreichen Erklärung vor. Diese enthält zwei Berichte des mit der statistischen Nachprüfung beauftragten Regierungsrates Dr. Burckhardt vom Statistischen Landesamt und die Stellung der Regierung zu den von ihm ermittelten Ergebnissen. Bei gleichbleibenden Lehrergefamtzahlen würde der durchschnittliche jährliche Abgang bei den Volksschullehrern 3,06 %, bei den wissenschaftlichen Lehrkräften der Berufsschule 3,10 %, bei den technischen Berufsschullehrerinnen 8,04 % betragen. Die wirklichen jährlichen Abgänge hängen von der Zusammensetzung der Lehrerschaft nach Altersklassen ab. So betragen sie bei den Volksschullehrern 1926 221, 1930 348, 1935 376 und steigen weiter, um 1964 mit 571 ihren Höchstwert zu erreichen. Dies trifft aber nur die Regelabgänge. Für die laufenden Jahre kommen noch unregelmäßige Abgänge hinzu, durch die sich beispielsweise die Abgangszahl für 1926 um 179 auf 400 erhöht. Der bei diesen Berechnungen angenommene Bestand an Volksschullehrern beträgt rund 15000. Für die Frage des Nachwuchses wird von der Regierung darauf hingewiesen, daß dieser auch noch für rund 7600 andere Lehrerebenen einschließlich der höheren Lehrer zu stellen ist. Die Regierungserklärung beruft sich darauf, daß der Landtag die akademische Volksschullehrerbildung gesetzlich gebilligt und das Ministerium sie im Rahmen der finanziellen Gebührenten so gut wie möglich einzurichten und auszubauen habe. Sie glaubt den Nachwuchs auf absehbare Zeit als gesichert ansehen zu können. Zur Begründung dieser Annahme wird auf den Rückgang der Geburtenziffern, das Steigen der Abiturientenzahlen während der nächsten Jahre und auf die mannigfachen Möglichkeiten hingewiesen, den Lehrerberuf einzuschränken.

Dresden. (Regelung der Geschäftszeit vor Weihnachten.) Die Dresdner Geschäfte sind am Sonntag, den 18. Dezember in der Zeit zwischen 11 und 6 Uhr und außerdem in der Zeit vom 14. bis einschl. 23. Dezember bis abends 8 Uhr geöffnet. Für den heiligen Abend ist der Ladenschluß auf 7 Uhr festgelegt.

Dresden. (Einnahme des Sammelbüchsen-schwindlers.) Der Betrüger, der am 5. 12. in einer hiesigen Kirchgemeinde 25 Sammelbüchsen mit Inhalt erlangt hatte, wurde bereits am 7. 12. von der Polizei in Hamburg festgenommen. Als Täter war von der Dresdner Kriminalpolizei der 19 Jahre alte Moritzheiser S. festgestellt worden. S. hatte die Büchsen im Keller seiner elterlichen Wohnung geöffnet und entleert. Die Kriminalpolizei stellte weiter fest, daß er am nächsten Morgen auf dem hiesigen Hauptbahnhof eine Fahrkarte nach Hamburg gelöst hatte und mit dem Früh-Schnellzug nach dort abgefahren war. Auf Grund eines daraufhin erlassenen Funkspruchs wurde der Schwindler bei seiner Ankunft in Hamburg von der dortigen Polizei in Empfang genommen. In seinem Besitz befanden sich von dem erlangten Gelde noch zuka 400 Mark.

Dresden. (Eine Schnellstraßenbahn Dresden—Pirna.) Der Bau der schon seit längerem geplanten Schnellstraßenbahn Dresden—Pirna soll im nächsten Jahre in Angriff genommen werden. Die Vorarbeiten, die eine Zeitlang ruhten, sind jetzt wieder aufgenommen worden. Durch die neue Straßenbahnlinie sollen alle die Ortschaften dem Verkehr erschlossen werden, die außerhalb der Eisenbahnlinie liegen.

Riesa. (Schiffshavarie auf der Elbe.) Unterhalb der Elbbrücke wurde ein Dampfer der Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaft plötzlich led und sank mit seinem Bordortel auf Grund. Durch mühselige Arbeit mit Dampf- und Handpumpe und notdürftigen Vertapfen des entstandenen Loches konnte der Schiffsteil langsam wieder hochgebracht werden. Nach provisorischer Ausbesserung konnte der Dampfer seine Fahrt talwärts fortsetzen.

Riesa. (Mißglückter Giftmordversuch.) Unter dem Verdacht, einen Giftmordversuch an seinem 30jährigen schwachsinnigen Sohne verübt zu haben, wurde der Schmiedemeister Behnisch in Heyda verhaftet. Behnisch soll die Lat begangen haben, um seine Familie von der Last des Schwachsinnigen zu befreien. Der Anschlag mißglückte aber, da sich der Sohn bereits nach geringem Genuß der vergifteten Speise erbrach.

Freiberg (Farrer Raasch—St. Petri) ist in der Vorstandssitzung des Sächsischen Landesvereins des Evangelischen Bundes zum Landesvereinsvorsitzenden einstimmig erwählt worden. Als Tagungsort der nächsten Jahres Landesversammlung wählte man Zwickau und traf einige Vorbereitungen für die Feste des vierzigjährigen Bestehens des Landesvereins im Jahre 1929. Anfang 1928 wird ein Lehrganz in Obßeln gehalten, der sich mit der Bedeutung Karl Hells für die evangelische Kirche beschäftigt.

Leipzig. (Schweres Explosionsunfall.) Am Freitag früh hat sich in der Umladehalle des Bahnhofes Leipzig—Wahren ein schweres Explosionsunfall ereignet. Eine stählerne Kohlenfäule explodierte und der Hilfsbahnbeamte Franz Görecke, der sie trug, wurde durch die Explosion in Stücke zerrissen.

Die Lohnverhältnisse der sächsischen Bergarbeiter.

Die Bergleute nehmen in bezug auf ihre außerordentlich unangünstigen Arbeitsbedingungen und die unverhältnismäßig hohe Gefährlichkeit ihres Berufes eine besondere Stellung unter der Arbeiterschaft ein. In Sachsen gab es im Jahre 1926 etwas über 30.000 Angehörige dieser Berufsgruppe, allerdings einschließlich 2600 in Nebenbetrieben (Brikettfabriken, Erzauflagerung usw.) Beschäftigter. Der überwiegende Teil, mehr als 22.000, entfällt auf den Steintohlenbergbau, während in Erzgruben nur 271 Bergleute arbeiteten.

Der durchschnittliche Verdienst je Schicht — einschließlich der Zuschläge für Übersichten, Hausstandgeld, Kinderbeihilfe betrug im Steintohlenbergbau im letzten Vierteljahr 6,81 Mark, im Braunkohlenbergbau 6,86 Mark und in den Erzgruben 5,82 Mark. Davon sind allerdings die recht erheblichen sozialen Beiträge abzuziehen, die durchschnittlich für die Schicht 1,15 M. im Steintohlenbergbau, 1,02 M. im Braunkohlenbergbau, 0,90 Mark im Erzbergbau betragen. Das sind

Werte, die, an den Verhältnissen anderer deutscher Bergbau-reviere gemessen, in der Mitte liegen. Während z. B. im rheinisch-westfälischen Steintohlenbergbau 7,89—7,99 Mark je Schicht an Verdienst erzielt wurden, blieb der Verdienst der Bergleute in den ober-sächsischen Gruben mit 5,86 Mark bedeutend zurück. Ähnlich im Braunkohlenbergbau, wo in den sächsischen Bezirken durchschnittlich 7,29 Mark je Schicht verbient wurden, während im mitteldeutschen Braunkohlen-gebiet 5,68—6,25 Mark das Mittel bildete. Im Erzbergbau steht Sachsen in bezug auf die Verdienstverhältnisse günstiger da. Im Oberharz mußten sich die Bergleute mit einem Schicht-verdienst von 5,08 Mark bescheiden, im Bezirk Rastau mit 5,27 Mark. In Bayern wurden dagegen durchschnittlich je Schicht 6,76 Mark erzielt.

Die tatsächlich gezahlten Löhne sind natürlich allenthalben höher als diese Durchschnittszahlen. Eine, allerdings sehr geringfügige Steigerung des Einkommens kann auch der sächsische Bergmann verzeichnen: der Schichtlohn eines Häuers im Steintohlenbergbau z. B. stieg von 7,08 Mark im Durchschnitt des Jahres 1926 auf 7,36 Mark im ersten, auf 7,51 Mark im zweiten Vierteljahr 1927. Dafür aber erhöht sich auch die Vermerkungsbeträge von 0,94 Mark je Schicht 1926 auf 1,05 Mark bzw. 1,15 Mark 1927, so daß die tatsächliche Verbesserung, an der fortschreitenden Teuerung gemessen, nicht als angemessen erscheinen kann.

Von wesentlichem Einfluß auf die Erwerbverhältnisse der Bergleute sind die ausfallenden Schichten. Denn Schichtausfall bedeutet Ausfall des Verdienstes! Und es fallen erheblich viel Schichten aus. Im zweiten Vierteljahr 1927 mit 74 Arbeitstagen fielen im Steintohlenbergbau 15 Prozent, im Braunkohlenbergbau 10 Prozent und im Erzbergbau 5 Prozent der möglichen Schichten aus. Die Gründe dafür sind vor allem in den schlechten Gesundheitsverhältnissen unter der Bergarbeiterschaft zu suchen, während betriebstechnische Störungen und Abwismangel im sächsischen Bergbau — wenigstens in den letzten Jahren — dagegen stark zurücktreten.

„Betriebsanwalt“ Winter vor Gericht.

Täglich 12 000 Einschreibebriefe.

Der durch seine Prozesse gegen die Reichsbank wegen Aufwertung der alten Reichsbanknoten bekannte Gründer des Volkswundes „Wahrheit und Recht“, Gustav Winter, stand vor dem Leipziger Amtsgericht wegen eines gegen ihn wegen Nichtanmeldung seines Gewerbes erlassenen Strafbefehls von 150 Mark, gegen den er Einspruch erhoben hatte. Winter bezeichnete sich bei seiner Vernehmung als „Betriebsanwalt“ und erklärte auf die Frage des Vorsitzenden, was das für ein Titel sei, es handle sich nicht um einen Titel, sondern um „eine Berufsberatung“, er sei „Sachwalter für Betriebe in organisatorischer und technischer Beziehung“. Winter mußte zugestehen, daß er seinen Prozeß gegen die Reichsbank in allen Instanzen verloren hat. Er befandete aber, daß seine Frau jetzt einen neuen Prozeß gegen die Reichsbank durch Zufahrt haben in Berlin betriebe und daß er auch andere Personen, die solche Prozesse führen, unterstützen würde.

Der Staatsanwalt führte zur Sache u. a. aus, daß Winter seine Prokläre „Mein Schutzpflanz“ zum Preise von 1 Mark pro Stück an etwa 300 000 Mitglieder seines Bundes vertrieben habe und daß die Zahl der Anhänger Winters, trotz der Ausschließlichkeit seines Unternehmens, außerordentlich groß sei. Im Frühjahr dieses Jahres hätten sich in einem Zimmer Winters 48 000 unerledigte Einschreibebriefe befunden. Winter gab das zu und erklärte, daß damals täglich 12 000 eingeschriebene Briefe bei ihm eingegangen seien und daß er zur Erledigung dieser Post 150 Leute beschäftigt habe. Der Strafbefehl über 150 Mark wurde gemäß des Antrages der Staatsanwaltschaft aufrechterhalten.

Jugendführertreffen

Gemeinsam mit dem Ortsausschuß Dresden veranstaltete der Landesausschuß Sachsen der Jugendverbände e. V. kürzlich in Dresden ein Führertreffen. Ministerialrat Dr. Moler vom Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium sprach dabei über die überörtliche Zusammenarbeit der Jugend. Er stellte fest, daß eine Reihe von Aufgaben allen Verbänden der Jugend gemeinsam seien. Zur Bewältigung dieser Aufgaben sei überörtliche Zusammenarbeit notwendig. Dr. Moler betonte, daß diese Zusammenarbeit in den Ausschüssen der Jugendverbände nicht eine Zusammenarbeit auf der mittleren Linie, wie bei einer politischen Koalition, sondern auf einer gemeinsamen Linie darstellen. Die wichtigsten Forderungen, die die überörtlichen Ausschüsse der Jugendverbände nicht außer acht lassen dürfen, sind: Die Selbstständigkeit der einzelnen Verbände darf nicht beeinträchtigt werden. Der Ausschuß vertritt nicht den einzelnen Verband, sondern stets die Gesamtheit der Verbände. Die Einigung im Ausschuß auf das Gemeinsame baut nicht auf Uebereinstimmung oder auf Kompromisse auf, sondern auf der tatsächlichen Heranarbeitung des Gemeinsamen. Aufsichtung gegenseitiger Achtung ist unerlässlich, soll die Jugend aller Richtungen zusammenarbeiten. Im 2. Vortrag berichtete Alfred Krüger über eine praktische Aufgabe, die der Landesausschuß der Jugendverbände in Angriff genommen habe, die Erziehung eines Jugendberufshilfsheimes in Dittendorf bei Sebnitz in Sachsen. Der Träger dieses Heimes, das der Erholung der erwerbsfähigen Jugend dienen soll, ist die Gesellschaft Sächsischer Jugendberufshilfsheime an der neben dem Landesausschuß Sachsen der Jugendverbände die Sächsische Erholungs- und Sozialerziehungsträger und Gewerkschaften beteiligt sind. Mit dem Bau des Heimes soll im kommenden Frühjahr begonnen werden.

Die Deutschnationalen zur Reichsreform.

Entschiebung des Deutschnationalen Reichsvertretertages.

Berlin. Der Reichsvertretertag der Deutschnationalen hat zur Reichsreform in einer Entschiebung folgende Forderungen aufgestellt:

a) Die Alleinherrschaft der Parlamente ist durch Ausbau der verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten und der Staatspräsidenten einzuschränken.

b) Unter dieser Voraussetzung ist der Dualismus von Reich und Preußen dadurch zu überwinden, daß der Reichspräsident zugleich preussischer Staatspräsident wird. Dann können die Leiter des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten in einer Hand vereinigt werden. Dagegen wird der Gedanke, die einzelnen preussischen Ministerien durch die entsprechenden Reichsminister leiten zu lassen, als praktisch undurchführbar, finanziell belanglos und zu Preußens Mediatisierung führend, abgelehnt. Die besondere Stellung der süddeutschen Länder ist zu sichern.

c) Die gesetzgeberischen Rechte des Reichsrates sind zu stärken. Durch bindende Vorchrift muß die Ausgabenbewilligung über Regierungsvorlagen hinaus verhindert werden. Als vorübergehende Notstandsmaßnahme ist der Reichsparlamentarismus zu einer in ihrer Entstehung und ihrem